

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.378.511

Wien, am 12. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Dr. Johannes Margreiter, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Mai 2024 unter der Nr. **18521/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Maßnahmen zur Stärkung der wehrhaften Demokratie“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- *Welche Budgetmittel waren im BVA 2020, 2021, 2022, 2023 und 2024 für jeweils welche Maßnahmen für Terrorprävention und -bekämpfung sowie Deradikalisierung durch welche Organisationseinheit Ihres Ressorts bis wann, mit welchem Wirkungsziel und in welchem Zeitraum veranschlagt?*
- *Welche Maßnahmen wurden wann durch wen damit gesetzt?*
- *Welche Ergebnisse wurden wann dadurch erzielt?*
- *Inwiefern sind die im BVA 2024 veranschlagten Kosten iHv 600.000€ für Terrorprävention und -bekämpfung sowie Deradikalisierung auf die folgenden Maßnahmen aufzugliedern*
 - a. *Treffen des BNED*
 - b. *Erstellung der österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung*

- c. *Erstellung des Nationalen Aktionsplans Extremismusprävention und Deradikalisierung*
- d. *Organisation von verschiedenen Arbeitsgruppen des BNED zu aktuellen Themen*
- e. *Treffen Konzeptionierung und Aufbau eines Expert:innenrates zur Extremismusprävention*

Es darf um Verständnis gebeten werden, dass eine detaillierte Aufstellung zu Budgetmitteln betreffend Terrorprävention und -bekämpfung sowie Deradikalisierung nicht möglich ist, da eine tiefergehende inhaltliche Beantwortung betreffend die Ressourcen Rückschlüsse auf die Leistungsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörden in dem erfragten Bereich erlauben würde. Die durch Bekanntgabe konkreter Informationen zur Erfüllung sicherheitspolizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgaben möglicherweise gezogenen Rückschlüsse, können die Tätigkeit des Verfassungsschutzes konterkarieren und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschweren oder in gewissen Bereichen unmöglich machen. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass das bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) aus Mitteln des Internal Security Fund (ISF) der EU finanziert wird.

Zu den Fragen 5, 5a bis 5f:

- *Für wann ist die Veröffentlichung der österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung geplant?*
 - a. *Welche Stellen innerhalb Ihres Ressorts waren bzw. sind in die Erstellung eingebunden?*
 - b. *Welche Stellen von welchen anderen Ressorts waren bzw. sind in die Erstellung eingebunden?*
 - c. *Wann wurde mit der Erstellung der neuen Strategie durch wen inwiefern begonnen?*
 - d. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es zwischen wem aus welcher Organisationseinheit Ihres Ressorts?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - e. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Ressorts?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*
 - f. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Behörden?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*

1. Welche Position nahm das BMI jeweils ein?

Die Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung wurde am 23. Oktober 2018 im Rahmen des zweiten Präventionsgipfels bereits veröffentlicht.

Eine weitere Veröffentlichung bzw. ein Überarbeitungsprozess zur Strategie ist derzeit nicht geplant.

Zu den Fragen 6, 6a bis 6f:

- *Für wann ist die Veröffentlichung des Nationalen Aktionsplans Extremismusprävention und Deradikalisierung geplant?*
 - a. *Welche Stellen innerhalb Ihres Ressorts waren bzw. sind in die Erstellung eingebunden?*
 - b. *Welche Stellen von welchen anderen Ressorts waren bzw. sind in die Erstellung eingebunden?*
 - c. *Wann wurde mit der Erstellung des NAP begonnen?*
 - d. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es zwischen wem aus welcher Organisationseinheit Ihres Ressorts?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - e. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Ressorts?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*
 - f. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Behörden?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*

Aufbauend auf der Österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung wurde am 13. Dezember 2018 mit der Erstellung des „Nationalen Aktionsplans Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (NAP) begonnen. Die Arbeiten erstreckten sich aufgrund der Verzögerung durch die Covid 19-Pandemie bis ins Jahr 2021. Im Rahmen des Ministerratsvortrages (MRV) 98/14 vom 14. Mai 2024 wurde der NAP schließlich veröffentlicht. Er ist nunmehr auf der Homepage des Bundeskanzleramtes und der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) abrufbar.

Der NAP wurde in einem partizipativen Prozess mit allen Mitgliedern des BNED und weiteren eingebundenen, externen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung erstellt. Folgende Ressorts waren dabei beteiligt:

- Bundeskanzleramt
- Bundesministerium für Justiz,
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten,
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz,
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung,
- Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft,
- Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (Das BMKÖS ist nicht Mitglied des BNED, war jedoch in die Erstellung des NAP miteingebunden und ist im Unterkapitel „Maßnahmen gegen Radikalisierung im Sport“ mit drei Maßnahmen vertreten).

Die Rolle des Bundesministeriums für Inneres, vertreten durch das vormalige Bundesamt Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) bzw. die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), bestand vor allem in der Koordination der Ausarbeitung des NAP. Selbstverständlich wurden jedoch auch vom Bundesministerium für Inneres Maßnahmen für den NAP eingebracht und genau wie die gemeldeten Maßnahmen aller BNED-Mitglieder und den externen Expertinnen und Experten im Erstellungsprozess behandelt. Darüber hinaus wirkten auch die Bundesländer, die durch die Ämter der jeweiligen Landesregierungen vertreten waren (überwiegend Integration und Jugendreferate), an der Erstellung mit.

Im Lauf des Erstellungsprozesses gab es nach dem Kick-Off zum NAP noch vier weitere Treffen zur Abstimmung über die inhaltliche Ausrichtung des NAP und die darin aufgenommenen Maßnahmen zur Extremismusprävention und Deradikalisierung. Somit gab es insgesamt fünf Arbeitstreffen zur Erstellung des NAP. Alle darin enthaltenen Maßnahmen wurden von den am NAP beteiligten Mitgliedern des BNED bzw. den dazu eingeladenen externen Expertinnen und Experten bei den jeweiligen Abstimmungstreffen vorgeschlagen und im Plenum abgestimmt. Von einer darüberhinausgehenden Beantwortung konkreter Fragen muss auf Grund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der

öffentlichen Ordnung und Sicherheit, sowie aus Gründen des Datenschutzes Abstand genommen werden. Hierzu darf ausgeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung Rückschlüsse gezogen werden können. Die durch Bekanntgabe konkreter Informationen zur Erfüllung sicherheitspolizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgaben möglicherweise gezogenen Rückschlüsse, können die Tätigkeit des Verfassungsschutzes konterkarieren und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschweren oder in gewissen Bereichen unmöglich machen.

Zu den Fragen 5g und 6g:

- *Welche Kapitel, Punkte und Maßnahmen des NAP wurden bis dato erarbeitet?*
- *Welche Kapitel, Punkte und Maßnahmen des NAP wurden bis dato erarbeitet?*

Der Inhalt des NAP gliedert sich wie folgt:

- Entstehung des Österreichischen Aktionsplans
- Österreichischer Aktionsplan als ganzheitliches Maßnahmenpaket
- Grundsätze des Österreichischen Aktionsplans
- Konnex zur Nationalen Strategie Antisemitismus

1. Gefahrenmanagement/Risikomanagement:

- 1.1 Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramm
- 1.2 Weiterentwicklung und Evaluierung des Risikomanagements
- 1.3 Übergangsmanagement und Nachbetreuung
- 1.4 Beratungsangebot zu Extremismusprävention ausbauen
- 1.5 Gewaltprävention

2. Kooperation und Koordination:

- 2.1 Interministerielle und interinstitutionelle Kooperation
- 2.2 Stärkung der sicherheitsbehördlichen Kooperationen
- 2.3 Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)
- 2.4 Sozialnetzkonferenzen
- 2.5 Europäische und internationale Zusammenarbeit im Bereich Extremismusprävention und Deradikalisierung
- 2.6 Lokale und regionale Vernetzungsstrukturen

3. Resilienz:

- 3.1 Politische Bildung und Demokratiekultur
- 3.2 Förderung der Medienkompetenz
- 3.3 Stärkung der Jugendarbeit

3.4 Online Plattform zu Extremismuspräventionsangeboten

3.5 Integrative und Soziale Maßnahmen

3.6 Psychosoziale Versorgung

3.7 Maßnahmen gegen Radikalisierung im Sport

4. Aus- und Weiterbildung:

4.1 Handbuch Prävention

4.2 Fort- und Weiterbildung Extremismusprävention und Deradikalisierung

4.3 Bildung und Beratung im schulischen Kontext

5. Wissen und Forschung:

5.1 Wissenschaftliches Centre of Excellence

5.2 Ausbau interdisziplinärer nationaler und internationaler Projektstätigkeit

5.3 Interdisziplinäre Forschung mit Schwerpunkt Evaluation und Wirkung

5.4 Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischem Extremismus (Politischer Islam)

Zur Frage 7:

- *Für wann ist die Schaffung eines Expert:innenrates zu Extremismusprävention geplant?*
 - a. *Wie viele Mitglieder aus welchen Bereichen soll dieser umfassen?*
 - b. *Welche Aufgaben soll dieser wahrnehmen?*
 - i. *Sind diesbezüglich gesetzliche Maßnahmen geplant?*
 - c. *Welche Stellen innerhalb Ihres Ressorts waren bzw. sind in die Erstellung eingebunden?*
 - d. *Welche Stellen von welchen anderen Ressorts waren bzw. sind in die Erstellung eingebunden?*
 - e. *Wem kommt für wie welche Mitglieder ein Vorschlags- oder Ernennungsrecht zu?*
 - f. *Wann wurde mit der Konzeptionierung und Aufbau eines Expert:innenrates zur Extremismusprävention begonnen?*
 - g. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es zwischen wem aus welcher Organisationseinheit Ihres Ressorts?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - h. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Ressorts?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*
 - i. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Behörden?*

i. Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?

1. Welche Position nahm das BMI jeweils ein?

Angesichts der ebenso zahlreichen wie vielschichtigen Herausforderungen braucht es im Verfassungsschutz ein noch weiter vorausschauendes Frühwarnsystem und eine darauf aufbauende Prävention. Ergänzend zum bereits 2017 gegründeten BNED strebt die DSN daher eine intensivere Zusammenarbeit mit der Wissenschaft an, vor allem mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Auf Basis eines im Jahr 2023 entwickelten Konzepts soll so die strategische Analyse des Nachrichtendienstes weiter gestärkt werden.

Mögliche Entwicklungen und die sich daraus ergebenden Gefahrenpotenziale sollen auf diesem Weg noch früher erkannt und darauf aufbauend gesamtgesellschaftlich wirksame Maßnahmen der Prävention zur Verhinderung von Radikalisierung entwickelt werden. Dazu richtet die DSN ein wissenschaftliches Analyse- und Beratungszentrum – das Center for Security Analysis and Intelligence Research (CSAIR) – ein. Dessen zentrale Aufgabe ist es, der DSN eine wissenschaftlich fundierte Beratung hinsichtlich (geo-)politischer, (geo-)ökonomischer, sozialer, technologischer und anderer für den Verfassungsschutz relevanter Entwicklungen bereitzustellen.

Das CSAIR wird, neben dem Aufbau einer Wissensplattform, vor allem ein Expertinnen- und Expertenpool mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus allen relevanten Fachdisziplinen – d.h. von Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften über Fachdisziplinen wie Sinologie, Islamwissenschaften oder Komplexitätsforschung bis hin zu technischen Bereichen, vor allem Informationstechnologien – definieren, aus welchem je nach Fragestellung/Thema die zu befassenden Expertinnen und Experten ausgewählt werden. So soll sichergestellt werden, dass einerseits konkrete Problemstellungen aus möglichst vielen Blickrichtungen analysiert und andererseits aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen Blickwinkeln auch möglichst viele „blinde Flecken“ erkannt werden. Ein noch einzurichtender wissenschaftlicher Beirat wird die wissenschaftliche Qualität der Arbeit des CSAIR sicherstellen.

Das CSAIR wird nicht aus Budgetmitteln des Bundes, sondern bis 31. Dezember 2027 aus den Mitteln des ISF (Internal Security Fund) der EU finanziert.

Da es sich um einen Expertinnen-, Expertenpool handelt, gibt es keine fixe Anzahl an Mitgliedern.

Das CSAIR hat die Aufgabe, mittels Einbindung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung die Analysekompetenzen der DSN weiter zu stärken. Die Konzeptionierung des CSAIR erfolgte DSN-intern. In die Erstellung wurden keine Stellen aus anderen Ressorts eingebunden. Die Auswahl der zu den jeweiligen Expertinnen- und Expertengespräche und wissenschaftlichen Symposien einzuladenden Expertinnen und Experten erfolgt DSN-intern. Erste Konzepte wurden 2022 entwickelt und 2023 ging das finale Konzept in die Umsetzungsphase.

Von einer darüberhinausgehenden Beantwortung konkreter Fragen muss auf Grund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, sowie aus Gründen des Datenschutzes Abstand genommen werden. Hierzu darf ausgeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung Rückschlüsse gezogen werden können. Die durch Bekanntgabe konkreter Informationen zur Erfüllung sicherheitspolizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgaben möglicherweise gezogenen Rückschlüsse, können die Tätigkeit des Verfassungsschutzes konterkarieren und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschweren oder in gewissen Bereichen unmöglich machen.

Zur Frage 8:

- *Was beinhalten die Maßnahmen hinsichtlich der Treffen des BNED sowie der Organisation von verschiedenen Arbeitsgruppen des BNED zu aktuellen Themen veranschlagt?*
 - a. *Wer ist derzeit Mitglied im BNED?*
 - i. *Sind Änderungen geplant?*
 - b. *Welche Arbeitsgruppen bestehen derzeit?*
 - i. *Wer sind die Mitglieder in jeweils welcher Arbeitsgruppe?*
 - ii. *Sind betreffend Mitglieder und/oder Arbeitsgruppen Änderungen geplant?*
 - c. *Welche Aufgaben kommen jeweils welcher Arbeitsgruppe zu?*
 - i. *Sind diesbezüglich Änderung geplant?*
 - d. *Wie viele Treffen der BNED gab es seit ihrer Gründung 2017?*
 - e. *Wie viele Treffen der BNED gab es seit dem 1.1.2020 und was war jeweils der konkrete Gesprächsinhalt?*
 - i. *Welche Maßnahmen oder Vorschläge wurden jeweils von wem getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*

Die Mitglieder des BNED sind Folgende:

- Bundesministerium für Inneres
- Bundesministerium für Justiz,
- Bundeskanzleramt
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz,
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung,
- Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft.

Das Bundesministerium für Inneres, vertreten durch die DSN, nimmt vor allem eine koordinierende Rolle ein.

Alle Bundesländer sind durch die Ämter der jeweiligen Landesregierungen vertreten:

- Integration und Jugendreferate,
- Extremismuspräventionsstelle Steiermark: „next: no to extremism“,
- WNED - Wiener Netzwerk Demokratiekultur und Prävention (Wien).

Zivilgesellschaft:

- Kinder und Jugendanwaltschaft Wien,
- Verein NEUSTART,
- Verein DERAD,
- Verein Frauen ohne Grenzen,
- Verein Wiener Jugendzentren,
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW),
- Beratungsstelle Extremismus,
- Bundesstelle für Sektenfragen,
- Österreichische Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam)
- Österreichischer Städtebund,
- Österreichischer Gemeindebund.

In Bezug auf die Mitglieder sind derzeit keine Änderungen geplant.

Die Arbeitsgruppen behandeln aktuelle Themen, die im Rahmen des BNED identifiziert werden. Aufgrund der Aktualität ändern sich die jeweiligen Arbeitsgruppen in einer gewissen Regelmäßigkeit. Die Mitarbeit erfolgt dabei auf freiwilliger Basis. Die Aufgaben

sind in allen AG gleich und bestehen aus der Auseinandersetzung mit einem Schwerpunktthema und der Erstellung eines internen BNED-Dokuments mit Handlungsempfehlungen betreffend des Themas. Diesbezüglich sind derzeit ebenfalls keine Änderungen geplant.

Es gab bisher 19 BNED – Treffen. Nicht dazugezählt sind die Treffen zur Erstellung der Österreichischen Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung (vier Abstimmungstreffen) und dem Nationalen Aktionsplan Extremismusprävention und Deradikalisierung (vier Abstimmungstreffen). Seit dem 1. Jänner 2020 gab es elf BNED-Treffen.

Die Inhalte der BNED sind nicht öffentlich zugänglich. Mit Ausnahme des Inhaltes am 4. Oktober 2023. Im Rahmen dieses Treffens wurde von der DSN wurde ein Lagebild zu aktuellen Bedrohungen durch den Rechtsextremismus aus Sicht des Verfassungsschutzes präsentiert. Der Fokus wurde hierbei besonders auf den Neuen Rechten gelegt. Im Anschluss wurde am Podium darüber diskutiert. Danach bestand sowohl für die BNED-Mitglieder als auch für die anwesenden die Journalistinnen und Journalisten die Möglichkeit Fragen an das Podium zu richten.

Von einer darüberhinausgehenden Beantwortung konkreter Fragen muss auf Grund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, sowie aus Gründen des Datenschutzes Abstand genommen werden. Hierzu darf ausgeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung Rückschlüsse gezogen werden können. Die durch Bekanntgabe konkreter Informationen zur Erfüllung sicherheitspolizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgaben möglicherweise gezogenen Rückschlüsse, können die Tätigkeit des Verfassungsschutzes konterkarieren und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschweren oder in gewissen Bereichen unmöglich machen.

Zu den Fragen 9 und 33:

- *Wie viele Fallkonferenzen "Staatsschutz" nach § 6 a SNG wurden seit dem 01.12.2021 aufgrund jeweils welcher Gründe einberufen?*
 - a. *Wer nahm bzw. nimmt an diesen Fallkonferenzen teil?*
- *Wie viele Fallkonferenzen Staatsschutz nach § 6a Abs 1 SNG wurden in den letzten fünf Jahren einberufen? (Bitte auch um Übermittlung der jeweiligen Sachverhalte in groben Zügen)*
 - a. *Welche Behörden und/oder welche anderen Einrichtungen waren jeweils in welchem Fall involviert?*

b. Welche Maßnahmen wurden in jeweils welchem Fall beschlossen?

Eine Beantwortung der gegenständlichen Fragen hinsichtlich der Anzahl an durchgeführten Fallkonferenzen gemäß § 6a Staatsschutz- und Nachrichtendienstgesetz würde Rückschlüsse auf die Ressourcen bzw. Kapazitäten der Sicherheitsbehörden zulassen. Weiters würde eine detailliertere Offenlegung der an einem solchen Format teilnehmenden – und nicht den Sicherheitsbehörden zugehörigen – Akteuren, deren Aufgabenerfüllung mitunter erschweren, konterkarieren oder gar verunmöglichen. Selbiges gilt für die Offenlegung detaillierter getroffener Maßnahmen. Auf Grund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, muss daher von einer weiterführenden Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden.

Zur Frage 10:

- *Welche gesetzlichen oder andere Maßnahmen betreffend wehrhafte Demokratie, die Ihr Ressort betreffen, sind noch für diese Legislaturperiode geplant?*
 - a. *Welche Stellen innerhalb Ihres Ressorts waren bzw. sind in die Planung und Erstellung jeweils welcher Maßnahme eingebunden?*
 - b. *Welche Stellen von welchen Ressorts waren bzw. sind in die Planung und Erstellung jeweils welcher Maßnahme eingebunden?*
 - c. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es zwischen wem aus welcher Organisationseinheit Ihres Ressorts betreffend jeweils welcher Maßnahme?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - d. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Ressorts betreffend jeweils welcher Maßnahme?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*
 - e. *Wie viele Treffen und Gespräche gab es mit welchen anderen Behörden betreffend jeweils welcher Maßnahme?*
 - i. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Vorschläge und Maßnahmen wurden getroffen?*
 - 1. *Welche Position nahm das BMI jeweils ein?*

In Hinblick auf die erfragten gesetzlichen Maßnahmen wird auf das aktuelle Regierungsprogramm 2020 - 2024 sowie auf den bis 5. Juni 2024 begutachteten Ministerialentwurf für eine Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes (342/ME) verwiesen.

Abgesehen davon werden die unter Frage 7 und Frage 8 erörterten Maßnahmen weitergeführt.

Zur Frage 11:

- *Wie viele Vereine sind in Österreich aktuell im Vereinsregister eingetragen?*
 - a. *Wie viele davon sind Moscheevereine bzw. religiöse Vereine?*

Zum Stichtag 1.6.2024 waren in Österreich 133.250 Vereine im Zentralen Vereinsregister eingetragen. Das Vereinsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 66/2002 in der geltenden Fassung, sieht keine Kategorisierung der Vereine in einzelne Sparten vor.

Zur Frage 12:

- *Zu wie vielen Vereinsauflösungen gemäß § 29 VereinsG ist es in den letzten fünf Jahren gekommen? Bitte um Auflistung nach Bundesland, Auflösungsgründe nach § 29 VereinsG und dem jeweiligen Sachverhalt in groben Zügen.*
 - a. *Wie viele davon betrafen Moscheevereine bzw. religiöse Vereine, die aufgrund extremistischer Vereinstätigkeit aufgelöst wurden?*

2023	§ 29 Abs. 1 1. Fall Verstoß gegen Strafgesetze	§ 29 Abs. 1 2. Fall Überschreitung statutengemäßer Wirkungsbereich	§ 29 Abs. 1 3. Fall Nichtentsprechung seines rechtlichen Bestandes
Burgenland	0	0	5
Kärnten	0	0	18
Niederösterreich	2	0	124
Oberösterreich	0	0	98
Salzburg	1	0	58
Steiermark	2	1	229
Tirol	0	0	48
Vorarlberg	0	0	5
Wien	5	0	577
2022	§ 29 Abs. 1 1. Fall Verstoß gegen Strafgesetze	§ 29 Abs. 1 2. Fall Überschreitung statutengemäßer Wirkungsbereich	§ 29 Abs. 1 3. Fall Nichtentsprechung seines rechtlichen Bestandes
Burgenland	0	0	2
Kärnten	0	0	10
Niederösterreich	1	1	28
Oberösterreich	2	1	122
Salzburg	0	0	48
Steiermark	1	0	40
Tirol	0	0	48

Vorarlberg	1	0	46
Wien	0	0	79
2021	§ 29 Abs. 1 1. Fall Verstoß gegen Strafgesetze	§ 29 Abs. 1 2. Fall Überschreitung statutengemäßer Wirkungsbereich	§ 29 Abs. 1 3. Fall Nichtentsprechung seines rechtlichen Bestandes
Burgenland	0	0	4
Kärnten	0	0	6
Niederösterreich	1	0	49
Oberösterreich	1	1	32
Salzburg	0	0	11
Steiermark	4	2	31
Tirol	2	11	39
Vorarlberg	0	0	0
Wien	0	0	136
2020	§ 29 Abs. 1 1. Fall Verstoß gegen Strafgesetze	§ 29 Abs. 1 2. Fall Überschreitung statutengemäßer Wirkungsbereich	§ 29 Abs. 1 3. Fall Nichtentsprechung seines rechtlichen Bestandes
Burgenland	0	1	2
Kärnten	0	0	16
Niederösterreich	0	0	55
Oberösterreich	1	0	25
Salzburg	0	0	30
Steiermark	1	1	72
Tirol	3	0	21
Vorarlberg	0	0	1
Wien	0	0	214
2019	§ 29 Abs. 1 1. Fall Verstoß gegen Strafgesetze	§ 29 Abs. 1 2. Fall Überschreitung statutengemäßer Wirkungsbereich	§ 29 Abs. 1 3. Fall Nichtentsprechung seines rechtlichen Bestandes
Burgenland	0	0	9
Kärnten	0	0	32
Niederösterreich	5	1	77
Oberösterreich	0	2	42
Salzburg	0	0	28
Steiermark	2	5	47
Tirol	1	0	51
Vorarlberg	2	0	9
Wien	0	0	663

Hinsichtlich der Frage zur Anzahl der Betroffenheit von Moscheevereinen bzw. religiösen Vereinen wird darauf hingewiesen, dass keine anfragespezifischen Statistiken geführt werden.

Zu den Fragen 13 und 14:

- *Erteilten Sie, Herr Minister, oder sonst wer aus Ihrem Ressort seit dem 1.1.2022 eine Weisung zur Überprüfung von Vereinen?*
 - a. *Wenn ja, wer erteilte wann die Weisung und aus welchem Grund jeweils zur Prüfung welchen Vereins?*
- *Wie viele und welche Vereine wurden auf Grund einer Weisung folgenden Prüfung wann aufgelöst?*

Es wurden keine Weisungen erteilt.

Zur Frage 15:

- *Gibt es Ermittlungen und/oder Erkenntnisse zu Vereinen, deren Vereinstätigkeit nicht dem Vereinszweck entspricht, die gegen Strafgesetze verstoßen oder die Bedingungen seines rechtlichen Bestandes weggefallen sind?*
 - a. *Wenn ja, seit wann? Bitte um Auflistung nach Bundesland, Auflösungsgründe nach § 29 VereinsG und dem jeweiligen Sachverhalt in groben Zügen*
 - b. *Wenn ja, wie viele davon betrafen Moscheevereine bzw. religiöse Vereine?*
 - i. *Aus welchem Grund?*
 - c. *Wenn ja, welche Maßnahmen wurden wann ergriffen?*

Vor jeder behördlichen Auflösung eines Vereins gemäß § 29 VereinsG hat die Behörde ein Ermittlungsverfahren zu führen. Die Zahlen der Ermittlungsverfahren, die zu behördlichen Auflösungen geführt haben, sind unter Frage 12 angeführt.

Das Vereinsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 66/2002 in der geltenden Fassung, sieht keine Kategorisierung der Vereine in einzelne Sparten vor.

Zur Frage 16:

- *In unserer parlamentarischen Anfrage Nr. 12048) betreffend „Überprüfung Vereinszweck sowie Vereinstätigkeit in Hinblick auf § 29 VereinsG“ (<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/AB/11734>) wurde Frage 8 (samt Nebenfragen) nicht beantwortet und nur angeführt, dass bundesweit keine einheitliche Statistik geführt wird. Die Fragen werden wiederholt mit dem Ersuchen um eine gründliche Antwort: Wie oft wurde seit Inkrafttreten der Novelle BGBl. 211/2021 die Vereinserrichtung wegen des Eingriffs in die inneren Angelegenheiten einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft bisher versagt?*

- a. *Wie oft ist es zur unverzüglichen Übermittlung der in Aussicht genommenen Vereinsstatuten im Falle der Ausübung eines Kultus durch die Vereinsbehörden an den Bundeskanzler seit Inkrafttreten der Novelle gekommen?*
- b. *Wie oft stellte seit Inkrafttreten der Novelle das Bundeskanzleramt fest, dass die Kultusausübung des Vereins einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten einer gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaft darstellt?*
- c. *Die Novelle gilt auch für das Wirksamwerden späterer Änderungen der Vereinsstatuten. Wie oft wurde seit Inkrafttreten bei späteren Änderungen ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgemeinschaft festgestellt?*

Seit Inkrafttreten der Novelle BGBl. 211/2021 wurden 331 Anfragen an das Bundeskanzleramt, Kultusamt, betr. Prüfung eines Eingriffs in die inneren Angelegenheiten einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft gestellt.

Generell kann angeführt werden, dass im Jahr 2023 108 Gründungen eines Vereins nicht gestattet wurden, im Jahr 2022 waren es 123 und im Jahr 2021 71 Erklärungen über die Unstatthaftigkeit von Vereinsgründungen.

Die Prüfung, ob die umschriebene Ausübung dieses Kultus einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft darstellt, fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres und können daher darauf gezielte Fragen nicht beantwortet werden.

Zu den Fragen 17 und 18:

- *Am 7.2.2024 wurde berichtet, dass ein Wiener Imam, der Obmann des Assalam-Moschee Verein in Wien ist, auf Facebook übelste antisemitische Hetze verbreitet hat (<https://www.oe24.at/oesterreich/politik/politikinsider/aufgedeckt-imam-in-wien-ruft-zu-mord-an-juden-auf/584780238>). Gab oder gibt es Ermittlungen zum Obmann und/oder zum Verein?*
 - a. *Wenn ja, welche und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?*
 - i. *Gab es vor Bekanntwerden der hetzerischen Aussagen Ermittlungen zum Obmann und zum Verein?*
 - b. *Kam es zu einer Überprüfung der Vereinstätigkeiten?*
 - i. *Wenn ja, wann durch wen und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?*
 - c. *Wurde die behördliche Auflösung des Vereins eingeleitet?*

- i. Wenn ja, aufgrund welchen Sachverhalts?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
- d. Wurde der Verein behördlich aufgelöst?
 - i. Wenn ja, aufgrund welchen Sachverhalts und Auflösungsgrunds?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
- e. Gab oder gibt es Ermittlungen, ob der Verein und/oder der Obmann Verbindungen zur Muslimbruderschaft und/oder zur Hamas hat?
 - i. Wenn ja, welche und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
- f. Gab oder gibt es Ermittlungen, ob die Muslimbruderschaft und/oder die Hamas Einfluss auf den Obmann und/oder den Verein ausgeübt hat bzw. ausübt?
 - i. Wenn ja, welche und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
- g. Gab es zum Sachverhalt Gespräche mit dem Kultusamt oder anderen Ressorts?
 - i. Wenn ja, welche und wer war wann daran beteiligt?
 - 1. Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Position nahm das BMI dabei ein?
- Die Wiener Tewhid-Moschee, ein Anlaufpunkt für die salafistische Szene bekannt ist, wurde im Dezember 2023 als offizielles Gebetshaus aufgelöst. In dieser Moschee betete unter anderem der Attentäter vom Terroranschlag vom 2.11.2020 in der Wiener Innenstadt und auch der mittlerweile 17-Jährige, der am 11.9. 2023 einen Anschlag am Wiener Hauptbahnhof verüben wollte, hat dort gebetet. Der dort wohl noch immer tätige Prediger Muhammed P. taucht in aktuellen Terrorermittlungen auf. Die Moscheegemeinde ist rechtlich nur noch ein Verein.
 (<https://www.puls24.at/news/chronik/radikale-umtriebewiener-tewhid-moschee-zumindest-offiziell-aufgeloest/319924>) Gab oder gibt es Ermittlungen zum Prediger P. und/oder zum Verein?
 - a. Wenn ja, welche und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?
 - b. Kam es nach Auflösung der Moschee zu einer Überprüfung der Vereinstätigkeiten?
 - i. Wenn ja, wann durch wen und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?
 - c. Wurde nach Auflösung der Moschee die behördliche Auflösung des Vereins eingeleitet?
 - i. Wenn ja, aufgrund welchen Sachverhalts?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
 - d. Wurde der Verein nach Auflösung der Moschee behördlich aufgelöst?
 - i. Wenn ja, aufgrund welchen Sachverhalts und Auflösungsgrunds?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?

- e. *Gab oder gibt es Ermittlungen, ob der Verein und/oder der Prediger Verbindungen zur salafistischen Szene und/oder anderen islamistischen Gruppierungen hat?*
 - i. *Wenn ja, welche und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
- f. *Gab oder gibt es Ermittlungen, welchen Einfluss die salafistische Szene und/oder andere islamistische Gruppierungen auf den Verein und (oder den Prediger haben?*
 - i. *Wenn ja, welche und welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
- g. *Gab es zum beschriebenen Sachverhalt Gespräche mit dem Kultusamt oder anderen Ressorts?*
 - i. *Wenn ja, welche und wer war wann daran beteiligt?*
 - 1. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Position nahm das BMI dabei ein?*

Aus operativen Gründen sowie aus Gründen des Datenschutzes muss von einer Beantwortung der Fragen Abstand genommen werden. Durch die Bekanntgabe von Informationen hinsichtlich allfälliger Ermittlungen oder sonstiger Maßnahmen – und sei es auch eine verneinende Beantwortung – können Rückschlüsse gezogen und aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert sowie die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschwert beziehungsweise in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden. Auf Grund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, muss daher von einer weiterführenden Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden.

Zur Frage 19:

- *Welche Förderungen in welcher Höhe wurden von Seiten des BMI an welche Vereine in den letzten 5 Jahren erteilt?*
 - a. *Welchen Forderungersuchen wurden von Seiten des BMI aufgrund von extremistischen Vereinstätigkeiten nicht entsprochen?*

Die in den Jahren 2019 bis 2024 (Stichtag 15.05.2024) an Vereine ausgezahlten Förderungsbeträge sind in der folgenden Tabelle dargestellt, wobei es sich bei den mit dem Zusatz „AMIF“ gekennzeichneten Einträgen um Mittel des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds handelt.

Im genannten Zeitraum wurden keine Förderungsansuchen wegen extremistischer Vereinstätigkeiten abgelehnt.

Jahr 2019:

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Kuratorium Polizeimusik Wien	Durchführung der Nacht der Filmmusik 2019 im Wiener Rathaus	3.600,00
Institut für Höhere Studien	Forschungsprogramm: Erhaltung des sozialen Friedens und gesellschaftlichen Zusammenhalts als Herausforderung für die Innere Sicherheit in Österreich 2017-2020	104.193,71
Polizeisportvereinigung Wien	Errichtung einer Mehrzweckhalle für Kampfsportarten	130.000,00
Österreichischer Polzeisportverband	Jahresförderung 2019	22.500,00
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Förderung der Bezugskosten eines Verbindungsoffiziers	60.647,29
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Projektaktivitäten 2019	135.000,00
Österreichischer Bergrettungsdienst	Basisversicherung für ehrenamtliche Einsatzkräfte	334.940,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2018	1.000,00
SARUV	Aus- und Weiterbildung von Rettungsteams 2018	3.385,67
SARUV	Aus- und Weiterbildung von Rettungsteams 2019	2.685,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2019	9.000,00

Oberösterreichischer Zivilschutzverband	Durchführung des Bundesfinales der Safety Tour 2019	18.000,00
Weisser Ring	Drehscheibe Opferhilfe 2018-2019	14.400,00
Weisser Ring	movieHelp 2018/2019	30.600,00
Verein Orient Express	Notwohnung für Betroffene des Frauenhandels 2019	147.862,80
Institut für Frauen - und Männergesundheit	MEN VIA, Schutzwohnung 2018-2019	87.591,14
Verein Tamar	Jubiläumstagung 30 Jahre Tamar 2019	1.350,00
Man(n)agement- Verein zur Gewaltprävention	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Kärnten 2019	27.090,00
Mannsbilder - Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Tirol 2019	27.090,00
Verein Selbstlaut	Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen 2019	8.956,80
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Steiermark 2019	27.090,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Burgenland Süd 2019	13.500,00
Institut für Männergesundheit	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Salzburg 2019	27.090,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation	Watchlist Internet 2019-2020	18.000,00
Institut für Frauen - und Männergesundheit	MEN VIA, Schutzwohnung Förderung 2020	50.000,00
Männerberatung	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Wien	58.905,00

	und Burgenland Nord 2019	
ECPAT Österreich	make-IT-safe 2.0 2016-2018	1.000,00
Mannsbilder - Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Tirol 2017-2018	2.985,80
Weisser Ring	Drehscheibe Opferhilfe 2016-2018	2.481,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation	Watchlist Internet 2018-2018	1.500,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Steiermark 2018	3.010,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Burgenland Süd 2017-2018	1.500,00
Männerberatung	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Burgenland Nord 2017-2018	1.225,00
Männerberatung	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Wien 2017	159,66
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Steiermark 2017	3.010,00
Verein für die gemeinnützige Projektträgerschaft im Bereich Soziales, Pädagogik und Gesundheit (Die Plattform)	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Salzburg 2018	2.575,58
Man(n)agement - Verein zur Gewaltprävention	Opferschutzorientierte Täterarbeit, Kärnten 2018-2019	1.261,38
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich	Sicherheitskampagne 2017-2018	49.083,17
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich	KSÖ Initiative Digitale Sicherheit	14.618,58

bOJA (Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit)	Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit, 1. Rate	30.000,00
Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs	Unterstützung in der Tagesstruktur für unbegleitete minderjährige männliche Flüchtlinge durch Zivildienstleistende 2017-2018	30.000,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Dialoggruppen zum Thema Gewalt und Sexualität mit männlichen Asylwerbern	18.025,07
Verein SOL	F.R.E.I Freizeit, Refugees, Ehrenamt, Integration Phase 1 2017	1.496,00
Verein Menschenrechte Österreich	Family Tracing Austria 2018-2019	92.505,84
Verein Menschenrechte Österreich	Family Tracing Austria 2015-2016	13.732,36
Asylkoordination Österreich	NIPE Gesamtprojekt - Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung 2017-2019	434.430,32
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	COI Service 2017-2019, Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen	195.000,00
Verein Menschenrechte Österreich	Rückkehrberatung 2017-2020	1.106.352,73
Verein Menschenrechte Österreich	Die AsylberaterInnen 2017-2020	318.000,00
Verein Menschenrechte Österreich	Die AsylberaterInnen 2017-2020 (AMIF)	207.000,00

Jahr 2020:

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichischer Polizeisportverband	Förderung des Ankaufs einheitlicher Sportbekleidung	37.800,00
Polizeisportvereinigung Wien	Errichtung einer Mehrzweckhalle für Kampfsportarten (Restrate)	20.000,00
Österreichischer Bergrettungsdienst	Basisversicherung für ehrenamtliche Einsatzkräfte	343.039,00
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Bezugskosten Verbindungsoffizier	52.453,29
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Projektaktivitäten 2020	52.500,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2020	9.000,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik Restrate 2019	1.000,00
Verein Orient Express	Notwohnung für betroffene des Frauenhandels	148.431,60
Verein Selbstlaut	Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen	8.874,00
Man(n)agement- Verein zur Gewaltprävention	Opferschutzorientierte Täterarbeit Kärnten 2020	27.090,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation	Watchlist Internet 2020	18.000,00
Institut für Frauen- und Männergesundheit/	MEN VIA - Schutzwohnung und Opferbetreuung für männliche Betroffene	100.000,00

Männergesundheitszentrum	von Menschenhandel	
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Steiermark 2020	27.090,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Burgenland Süd 2020	13.500,00
Mannsbilder, Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit Tirol 2020	27.090,00
Männerberatung Wien	Opferschutzorientierte Täterarbeit Wien und Burgenland Nord 2020	58.905,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Burgenland Süd Restrate 2018	1.500,00
Verein Selbstlaut	Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen	792,00
Mannsbilder, Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit Tirol Restrate 2018	3.010,00
Verein Tamar	Jubiläumstagung 30 Jahre Tamar	150,00
Verein Hazissa - Fachstelle für Prävention	Prävention von sexueller Gewalt von und an Buben und Burschen	345,93
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation	Watchlist Internet Restrate 2018	2.000,00
Männerberatung Wien	Opferschutzorientierte Täterarbeit Wien und Bgld. Nord - Restrate 2018	3.350,92
Verein Orient Express	Notwohnung für betroffene des Frauenhandels - Restrate 2018	17.000,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen	Opferschutzorientierte Täterarbeit Steiermark Restrate 2019	3.010,00

Steiermark		
Man(n)agement - Verein zur Gewaltprävention	Opferschutzorientierte Täterarbeit Kärnten Restrate 2019/20	2.432,65
Mannsbilder, Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit Tirol Restrate 2019	1.857,83
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Burgenland Süd Restrate 2019	1.500,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation	Watchlist Internet Restrate 2019	1.895,38
Verein Selbstlaut	Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen	695,20
Verein Orient Express	Notwohnung für betroffene des Frauenhandels	16.429,20
Institut für Männergesundheit	Opferschutzorientierte Täterarbeit Salzburg Restrate 2019/20	2.746,57
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich	Sicherheitskampagne	208.500,00
Cyber Security Austria (CSA) - Verein zur Förderung der Sicherheit Österreichs strategischer Infrastruktur	Hacker-Challenge HackFu Austria 2020	110.327,00
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich	KSÖ-Initiative Digitale Sicherheit 2020/2021	228.600,00
bOJA (Bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit)	Weiterentwicklung und Ausbau von Präventionsarbeit	2.500,00
bOJA (Bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit)	Weiterentwicklung und Ausbau von Präventionsarbeit Restzahlung 2017/18	4.303,26
Verein Menschenrechte	Family Tracing Austria 2020	93.643,00

Österreich		
Verein Menschenrechte Österreich	Family Tracing Austria 2017-2018 Restrate	23.439,60
Verein Menschenrechte Österreich	Family Tracing Austria 2018-2019 Restrate	20.184,91
Verein menschen.leben	Haus der Frauen Hollabrunn Restrate 2018	3.000,00
Verein Kaukasischer Frauenrat	Kaukasische Mütter gegen Islamismus	16.679,22
Österreichisches Rotes Kreuz	Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen - COI Service 2020 - 2022	195.000,00
Asylkoordination Österreich (NIPE)	NIPE 2020-2022 (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung)	414.118,54
Verein Menschenrechte Österreich	Rückkehrberatung 2017-2020	1.006.352,73
Asylkoordination Österreich (NIPE)	NIPE 2020-2022 (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung) (AMIF)	515.614,24
Verein Menschenrechte Österreich	Rückkehrberatung 2017-2020 (AMIF)	2.739.323,81
Österreichisches Rotes Kreuz	Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen - COI Service 2020 – 2022 (AMIF)	225.000,00

Jahr 2021:

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Zuwendung des Bundes an das ÖRK gemäß §10b Rotkreuzgesetz, Auszahlung 2020+2021	4.000.000,00

Institut für höhere Studien	Erhaltung des sozialen Friedens und gesellschaftlichen Zusammenhalts als Herausforderung für die innere Sicherheit in Österreich	200.000,00
Polizeisportvereinigung Wien	Bundespolizeimeisterschaften Sommer 2021 in Wien	27.000,00
Österreichischer Polzeisportverband	Jahresförderung 2021	22.500,00
Österreichische Wasserrettung Landesverband Vorarlberg	45. Österreichische Meisterschaften im Rettungsschwimmen	2.700,00
Österreichischer Polzeisportverband	Jahresförderung 2020	3.798,00
Österreichischer Bergrettungsdienst	Basisversicherung für ehrenamtliche Einsatzkräfte 2021	351.300,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2015	1.000,00
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Bezugskosten Verbindungsoffizier 4. Quartal 2020 + 2021	87.500,00
Österreichischer Zivilschutzverband	Basisförderung 2020	80.000,00
Österreichischer Zivilschutzverband	Basisförderung 2022	109.700,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik Restbetrag 2020	1.000,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2021	9.000,00
Österreichischer	Projektaktivitäten 2021	44.096,40

Bundesfeuerwehrverband		
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Projektaktivitäten 2020 Restbetrag	3.189,16
Österreichischer Zivilschutzverband	Öffentlichkeitsarbeit Zivilschutz 2019	150.825,63
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN VIA Schutzwohnung 2021	180.000,00
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN VIA Schutzwohnung Restzahlung 2018/2019	17.884,29
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN-VIA Schutzwohnung für von Menschenhandel betroffene Männer 2022	138.000,00
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN-VIA Schutzwohnung für von Menschenhandel betroffene Männer - Restbetrag 2020	41.441,96
Verein Selbstlaut	Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen 2021	13.782,69
Verein Selbstlaut	Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen - Restzahlung 2020	806,00
Verein Orient Express	Notwohnung für von Zwangsheirat betroffene Mädchen und junge Frauen 2021	156.609,10
Verein Orient Express	Notwohnung für von Zwangsheirat betroffene Mädchen u. junge Frauen - Restbetrag 2020	6.893,53
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT)	Watchlist Internet 2021/2022	18.000,00
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ)	Sicherheitskampagne 2020/2021	406.743,37
Männerberatung Wien und Burgenland Nord	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Wien und Burgenland Nord Restbetrag 2019	3.835,25
Männerberatung Wien und	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Wien und	1.833,73

Burgenland Nord	Burgenland Nord Restbetrag 2020	
Männerberatung Wien und Burgenland Nord	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Wien und Burgenland Nord 2022	105.624,00
Katholische Aktion Salzburg	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Salzburg 2021/2022	18.565,11
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Steiermark 2021	45.000,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Steiermark - Restbetrag 2020	2.130,65
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Burgenland Süd 2021	27.000,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Burgenland Süd - Restbetrag 2020	1.500,00
Mannsbilder, unabhängiger Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Tirol 2021/2022	36.000,00
Mannsbilder, unabhängiger Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Tirol - Restbetrag 2020/2021	777,73
Man(n)agement - Verein zur Gewaltprävention	Opferschutzorientierte Täterarbeit - Kärnten - Restbetrag 2020/2021	3.010,00
COPART - Verein Kreativer Exekutivbeamter	Imageverbesserung und einen Abbau von Vorurteilen bei den BürgerInnen (Abrechnung 2017)	450,00
Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ)	Österreich Cyber sicher machen	275.800,00
Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA)	Weiterentwicklung und Ausbau von Präventionsarbeit - Restbetrag 2019/2020	446,06

()		
Seefar Foundation	Unterstützende Information und Beratung für Afghanische und Nigerianische potenzielle Migranten 2021-2022	353.501,60
Wiener Sängerknaben	Music for Hope 2021-2022	564.840,12
Asylkoordination Österreich	NIPE (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung) Gesamtprojekt 2017-2019	144.810,10
Asylkoordination Österreich	NIPE (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung) Gesamtprojekt 2020-2022	414.118,54
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen - COI Service 2020-2022	195.000,00
Seefar Foundation	Unterstützende Information und Beratung für Afghanische und Nigerianische potenzielle Migranten 2021-2022	353.501,60
Österreichische Rote Kreuz (ÖRK)	Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen - COI Service 2017-2019	65.000,00
Hilfswerk International	Verringerung der irregulären Migration in die EU durch umfassende Informationskampagnen für Migranten und Stärkung der Kapazitäten von migrationsrelevanten Strukturen im West-Balkan 2021 – 2022 (AMIF)	315.973,81
Seefar Foundation	Unterstützende Information und Beratung für Afghanische und Nigerianische potenzielle Migranten 2021-2022 (AMIF)	382.494,62
Asylkoordination Österreich	NIPE (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung) Gesamtprojekt 2017-2019 (AMIF)	223.189,90
Asylkoordination Österreich	NIPE (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung)	515.614,24

	Gesamtprojekt 2020-2022 (AMIF)	
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen - COI Service 2020-2022 (AMIF)	225.000,00
Seefar Foundation	Unterstützende Information und Beratung für Afghanische und Nigerianische potenzielle Migrante 2021-2022 (AMIF)	382.494,62
Wiener Sängerknaben	Music for Hope 2021-2022 (AMIF)	611.159,88
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen - COI Service 2017-2019 (AMIF)	75.000,00
Verein Kaukasischer Frauenrat	Kaukasische Mütter gegen Islamismus 2020-2021	16.679,22
LEFÖ - Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels	SAFE RETURN - Sichere Rückkehr durch Gefahrenanalyse für Opfer des Menschenhandels	59.643,93

Jahr 2022:

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Zuwendung des Bundes an das ÖRK gemäß §10b Rotkreuzgesetz im Jahr 2022	2.000.000,00
Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte	Anschubfinanzierung für eine Befragung von in Österreich aufhältiger ukrainischer Flüchtlinge über die von Russland in der Ukraine verübte schwere Menschenrechtsverbrechen im Sinne des IStGh-Status 2022	8.500,00
Institut für höhere Studien	Erhaltung des sozialen Friedens und gesellschaftlichen Zusammenhalts als Herausforderung für die innere Sicherheit in Österreich; Grundlagen, Herausforderungen und	150.000,00

	Lösungsansätze 2017-2020	
Polizeisportvereinigung Wien	Österreichische Bundespolizeimeisterschaften (BPM) 12.-15.9.2021 in Wien	3.000,00
Österreichischer Polizeisportverband	Abhaltung und Teilnahme an nationalen und internationalen Sportgroßveranstaltungen durch Polizeibeamte 2021	1.577,46
Österreichischer Polizeisportverband	Organisation und Durchführung der Konferenz der Union Sportive des Polices d'Europe (USPE) 2022	85.477,50
Österreichischer Polizeisportverband	Teilnahme bzw. Entsendung von Athleteninnen und Athleten zu nationalen und internationalen Sportgroßveranstaltungen 2022	22.500,00
Österreichischer Bergrettungsdienst	Basisversicherungen für ehrenamtliche Einsatzkräfte	301.777,98
Österreichischer Zivilschutzverband	Förderung 2020/2021	79.827,11
Österreichischer Zivilschutzverband	Basisförderung 2022	54.850,00
Österreichischer Zivilschutzverband	Projekte 2022 - Blackout, Sicherheitsinformationszentren, Safety Tour	348.046,65
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Förderung von Personalkosten des Generalsekretariats im Jahr 2022	70.000,00
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Projektaktivitäten 2021	23.388,85
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Projektaktivitäten 2022	90.000,00
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2022	9.000,00
Österreichisches Institut für	Watchlist Internet 2021/2022	1.131,96

angewandte Telekommunikation (ÖIAT)		
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT)	Watchlist Internet 2022/2023	15.750,00
Verein Orient Express	Notwohnung für von Zwangsheirat bzw. verwandtschaftsbasierter Geschlechtergewalt bedrohte und betroffene Mädchen und junge Frauen 2021	3.107,11
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Steiermark 2021	5.000,00
Verein Selbstlaut	Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch und sexuellen Übergriffen und Mobbing/Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen 2021	775,31
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN VIA 2022 - Schutzwohnungen, Basisversicherung und Opferbetreuung für männliche Betroffene von Menschenhandel	69.000,00
Verein Selbstlaut	Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch und sexuellen Übergriffen und Mobbing/Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen 2022	17.532,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Burgenland 2022/2023	50.310,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Steiermark 2022/2023	45.000,00
Verein Männerberatung Wien	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Wien und unmittelbare Umgebung 2022/2023	105.624,00
Mannsbilder, Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Tirol 2022/2023	45.000,00

Verein Orient Express	Notwohnung für von Zwangsheirat bzw. verwandtschaftsbasierter Geschlechtergewalt bedrohte und betroffene Mädchen und junge Frauen 2022	147.396,80
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ)	Arbeitsprogramm 2022-2024	300.000,00
Ludwig Boltzmann Gesellschaft	Vom Gesetz zur Praxis - Stärkung der Beschuldigtenrechte im polizeilichen Ermittlungsverfahren 2021/2022	22.431,60
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Beschaffung und Überstellung von 20 gebrauchten Rettungswagen zur Überlassung an das Ukrainische Rote Kreuz 2022	180.000,00
Kaukasischer Frauenrat	Kaukasische Mütter gegen Islamismus 2020-2021	568,47
LEFÖ - Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels	SAFE RETURN - Sichere Rückkehr durch Gefahrenanalyse für Opfer des Menschenhandels 2021-2022	59.643,93
Seefar Foudation	Unterstützende Information und Beratung für potenzielle irreguläre Migranten aus Afghanistan 2022	240.000,00
Verein Menschenrechte Österreich	Die AsylberaterInnen 2017-2020	48.268,12
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	COI Service 2020-2022, Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen	195.000,00
Asylkoordination Österreich	NIPE Gesamtprojekt 2020-2022, Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung	414.118,54
Verein Menschenrechte Österreich	Die AsylberaterInnen 2017-2020 (AMIF)	256.500,00
Asylkoordination Österreich	NIPE Gesamtprojekt 2020-2022, Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach	1.139.399,13

	Extremtraumatisierung (AMIF)	
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	COI Service 2020-2022, Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen (AMIF)	225.000,00
Verein Menschenrechte Österreich	Rückkehrberatung inkl. Rückkehrvorbereitung und Go Dublin! Beratung 2017-2020 (AMIF)	593.728,74

Jahr 2023:

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	Zuwendung des Bundes an das ÖRK gemäß §10b Rotkreuzgesetz im Jahr 2023	2.000.000,00
Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte	Anschubfinanzierung für eine Befragung von in Österreich aufhältiger ukrainischer Flüchtlinge über die von Russland in der Ukraine verübte schwere Menschenrechtsverbrechen im Sinne des IStGh-Statuts	3.500,00
Österreichischer Polzeisportverband	Teilnahme und Entsendung von Athletinnen und Athleten zu Sportgroßveranstaltungen, Abhaltung von Trainingskursen und Ankauf von notwendigem Equipment 2023	22.500,00
Österreichische Wasserrettung, Landesverband Vorarlberg	45. Österreichische Meisterschaft im Rettungsschwimmen 2021	300,00
Österreichischer Bergrettungsdienst	Basisversicherungen für ehrenamtliche Einsatzkräfte	451.244,31
Österreichisches Kuratorium für Alpine Sicherheit	Alpine Unfallstatistik 2021	1.000,00
Österreichischer Zivilschutzverband	Gesamtförderung des Zivilschutzverbandes 2023	540.000,00
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Magazin "Feuerwehr.at" 2023	54.000,00

Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Sicherheitsinformationszentren (SIZ)-Schulungen 2023	18.000,00
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Förderung von Personalkosten des Generalsekretariats im Jahr 2023	58.989,12
Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF)	Unterprojekt "Kooperation zwischen Gemeinsam.Sicher und der StoP-Gemeinwesenarbeit" 2023/2024	80.400,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Burgenland 2022/2023	54.000,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Steiermark 2022/2023	47.700,00
Verein Männerberatung Wien	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Wien und Burgenland Nord 2021	8.883,56
Verein Männerberatung Wien	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Wien und unmittelbare Umgebung 2022/2023	105.624,00
Katholische Aktion Salzburg, Männerbüro	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Salzburg 2022/2023	34.270,36
Mannsbilder, Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Tirol 2021/2022	3.551,78
Mannsbilder, Verein Männerzentrum in Tirol	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Tirol 2022/2023	45.000,00
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN VIA 2021 - Schutzwohnung, Basisversorgung und Opferbetreuung für Männer als Betroffene von Menschenhandel	16.575,03
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN VIA 2023 - Schutzwohnung, Basisversorgung und Opferbetreuung für Männer als Betroffene von Menschenhandel	236.700,00
Verein Selbstlaut - Fachstelle gegen	Präventionsförderung von und Krisenintervention bei sexuellem	29.502,00

sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen	Kindesmissbrauch und sexuellen Übergriffen an Kinder und Jugendlichen 2023	
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT)	Watchlist Internet; Informations- und Präventionsplattform zu Internetbetrug und betrugsähnlichen Online Fällen 2021/2022	2.000,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT)	Watchlist Internet; Informations- und Präventionsplattform zu Internetbetrug und betrugsähnlichen Online Fällen 2022/2023	15.750,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT)	Watchlist Internet; Informations- und Präventionsplattform zu Internetbetrug und betrugsähnlichen Online-Fällen 2023/2024	27.000,00
Verein Orient Express	Notwohnung für von Zwangsheirat bzw. verwandtschaftsbasierter Geschlechtergewalt bedrohte und betroffene Mädchen und junge Frauen 2022	36.849,20
Verein Orient Express	Notwohnung für von Zwangsheirat bzw. verwandtschaftsbasierter Geschlechtergewalt bedrohte und betroffene Mädchen und junge Frauen 2023	144.000,00
Polizeisportvereinigung Wien	Revitalisierung Sport- und Fitnessbereich	90.000,00
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ)	Arbeitsprogramm 2022-2024	900.000,00
LEFÖ - Interventionsstelle für Betroffene des Menschenhandels	SAFE RETURN II - Sichere Rückkehr durch Gefahrenanalyse für Opfer des Menschenhandels 2023/2024	77.018,58
Complexity Science Hub Vienna CSH	Komplexe Auswirkungen von Migrationspattern auf Versorgungskapazitäten 2022/2023	80.000,00
HOPE`87 Hundreds of Original Projects for Employment	Perspektivenwechsel Migration - Stimulation der ökonomischen Entwicklung und verbesserte Arbeitsmöglichkeiten für afghanische und pakistanische junge Erwachsene 2022/2023	240.000,00
Wiener Sängerknaben	Music for Hope 2021/2022 (AMIF)	152.789,96

Wiener Sängerknaben	Music for Hope 2021/2022	141.210,04
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	COI Service 2020-2022, Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen	180.000,00

Jahr 2024:

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichisches Rotes Kreuz	Zuwendung des Bundes an das ÖRK gemäß §10b Rotkreuzgesetz im Jahr 2024	500.000,00
Institut für Frauen- und Männergesundheit	MEN VIA Schutzwohnung	21.448,51
Verein Selbstlaut	Prävention gegen sexuellen Missbrauch	1.948,01
Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser	Stärkung der Zivilgesellschaft, Gewaltprävention	100.500,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Steiermark	66.096,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Steiermark	58.385,00
Katholische Aktion Salzburg	Opferschutzorientierte Täterarbeit Salzburg	26.436,98
Mannsbilder	Opferschutzorientierte Täterarbeit Tirol	61.250,00
Verein Selbstlaut	Präventionsförderung von und Krisenintervention bei sexuellem Kindesmissbrauch und sexuellen Übergriffen an Kinder und Jugendlichen 2024	18.320,00

Institut für Frauen- und Männergesundheit	Schutzwohnung, Basisversorgung und Opferbetreuung	142.500,00
Verein Männerberatung Wien	Opferschutzorientierte Täterarbeit Wien und mittelbare Umgebung	64.255,00
Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen Unterstützungsverein	Tagungsband für das 6. Menschenrechts-Symposium	1.800,00
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ)	Arbeitsprogramm 2022-2024	300.000,00
Österreichischer Bergrettungsdienst	Basisversicherung für ehrenamtliche Einsatzkräfte 2023-2026	108.262,19
Asylkoordination Österreich	NIPE (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung) Gesamtprojekt (AMIF)	925.882,85
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)	COI Service 2023-2029 – Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen (AMIF)	218.750,00
Asylkoordination Österreich	NIPE (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung) Gesamtprojekt (AMIF)	27.273,05
Wiener Sängerknaben	Music for Hope (AMIF)	270.675,00
Complexity Science Hub Vienna CSH	MigraCapax– Komplexe Auswirkungen von Migrationsmustern auf Versorgungskapazitäten	206.364,00
Asylkoordination Österreich	NIPE- Gesamtprojekt (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung)	483.627,51
Österreichisches Rotes Kreuz	COI Service 2023-2029 – Sammlung und Aufbereitung von Herkunftsländerinformationen	275.000,00

Asylkoordination Österreich	NIPE Gesamtprojekt (Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung)	14.685,48
Wiener Sängerknaben	Music for Hope	90.225,00
Complexity Science Hub ienna CSH	MigraCapax– Komplexe Auswirkungen von Migrationsmustern auf Versorgungskapazitäten	54.000,00

Zur Frage 20:

- *Welche Förderungen wurden aus welchen Gründen in den letzten 5 Jahren wieder zurückgenommen, gestrichen und/oder wieder zurückgefordert?*

Die in den Jahren 2019 bis 2024 (Stichtag 15. Mai 2024) von Förderungsnehmern zurückgeforderten Förderungsbeträge sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Grund für die Rückforderung war in allen Fällen, dass gemäß dem Ergebnis der Abrechnungsprüfung die förderfähigen Ausgaben auf Grund von Minderausgaben oder nicht förderfähiger Belege niedriger als die überwiesenen Förderungsmittel waren.

Jahr 2019

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Rückforderung Förderung 2017	20.234,28
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Rückforderung Förderung 2018	7.983,35
Volkshilfe Wien	Rückforderung Flüchtlingshilfe 2015-2016	4.425,85
Institut für Talententwicklung GmbH	Vom Flüchtling zum Lehrling 2017	13.671,73
International Organization	Rückforderung zu ERIN Nigeria 2015-2017	

for Migration (IOM)		15.076,00
Verein Menschenrechte Österreich	Rückkehrberatung 2015-2016	14.008,06

Jahr 2020

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Kuratorium Polizeimusik Wien	Durchführung der Nacht der Filmmusik 2019 im Wiener Rathaus	167,79
Polizeisportvereinigung Wien	Errichtung einer Mehrzweckhalle für Kampfsportarten	3.734,99
Oberösterreichischer Zivilschutzverband	Durchführung des Bundesfinales der Safety Tour 2019	7.489,70
Österreichischer Bundesfeuerwehrverband	Rückforderung aus 2019	15.653,05
Weisser Ring	Drehscheibe Opferhilfe	4.352,30
Weisser Ring	Movie Help	4.410,14

Jahr 2021

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichischer Polizeisportverband	Förderung für das Jahr 2018	5.286,17
Österreichischer Polizeisportverband	Förderung für das Jahr 2019	4.297,02
Jugend am Werk Salzburg GmbH	Opferschutzorientierte Täterarbeit Salzburg	6.320,20

Wirtschaftskammer Österreich	GEMEINSAM.SICHER mit der Wirtschaft	44.189,09
ICMPD – International Centre for Migration Policy Development	SUPREM 2017 – 2019	34.875,40
Verein Menschenrechte Österreich (VMÖ)	Die AsylberaterInnen 2015	56.509,11
Verein Menschenrechte Österreich (VMÖ)	Family Tracing Austria 2020	19.286,94
International Organization for Migration (IOM)	RESTART II 2017 – 2019	215.289,13
International Organization for Migration (IOM)	ASYL-TRAIN 2017 – 2019	21.414,09
Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)	Rückzahlung Treuhandmittel	218.376,96

Jahr 2022

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichischer Zivilschutzverband	Förderungsvertrag 2019	4.161,19
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark	Opferschutzorientierte Täterarbeit Burgenland Süd – OTA 2021	4.767,24
Verein Menschenrechte Österreich	Rückkehrberatung inkl. Rückkehrvorbereitung und Go Dublin! Beratung 2017-2020	125.558,94
Hilfswerk Niederösterreich Betriebs GmbH	Psychologische und psychotherapeutische Behandlung für AsylwerberInnen und Personen mit internationalem Schutz in Österreich	22.836,95

Hilfswerk Niederösterreich Betriebs GmbH	Psychologische und psychotherapeutische Behandlung für AsylwerberInnen und Personen mit internationalem Schutz in Österreich	68.510,85
--	--	-----------

Jahr 2023

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Katholische Aktion Salzburg, Männerbüro	Opferschutzorientierte Täterarbeit (OTA) Salzburg 2021/2022	5.864,90
Internationale Organisation für Migration (IOM)	CARE – Rückkehrfonds (RET) 2012	7.502,00

Jahr 2024

Verein	Förderung	Höhe der Förderung in Euro
Österreichischer Polizeisportverband	Teilnahme bzw. Entsendung von Athletinnen und Athleten zu nationalen und internationalen Sportgroßveranstaltungen 2022	1.577,53
Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ)	Digitale Sicherheit 2020/2021	2.845,80
Wiener Sängerknaben	Mucic for hope 2021/2022	72.539,41

Zu den Fragen 21, 28 bis 30:

- Gibt es Ermittlungen zu Unternehmen und/oder Betriebe in Österreich, die als Tarnung für extremistische Tätigkeiten betrieben werden?
 - a. Wenn ja, wie viele Unternehmen/Betriebe sind betroffen und um welche extremistischen Tätigkeiten handelt es sich jeweils dabei?
- Wie viele Verwaltungsübertretungen mit jeweils welchem Inhalt wurden im Zusammenhang mit "Pro-Palästina-Demos" seit dem 07.10.2023 angezeigt?

- *Wie viele Anzeigen aufgrund welcher gerichtlich strafbaren Handlung wurden im Zusammenhang mit "Pro-Palästina-Demos" seit dem 07.10.2023 durch Exekutivbeamte eingebracht?*
- *Wie viele Berichte nach §100 StPO im Zusammenhang mit "Pro-Palästina-Demos" seit dem 07.10.2023 wurden an die Staatsanwaltschaft übermittelt?*
 - a. *Wie viele nach § 100 Abs 2 u 3 StPO aufgrund welchen Straftatbestandes?*
 - b. *Wie viele nach § 100 Abs 3a StPO aufgrund welchen Sachverhaltes?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zur Frage 22:

- *Wann wird die Reform die Staatsschutzreform, mit denen die "Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung" zu "Landesämtern Staatsschutz und Extremismusbekämpfung" (LSE) umgewandelt werden, abgeschlossen sein?*

Die angesprochene Reform befindet sich mittlerweile in der operativen Umsetzung. Der vollständige personelle Aufwuchs wird in den nächsten drei bis fünf Jahren abgeschlossen sein.

Zu den Fragen 23 bis 26:

- *Wie viele Planstellen sind im jeweils welchem LSE für Extremismusprävention vorgesehen?*
 - a. *Wie viele sind jeweils tatsächlich besetzt?*
- *Wie viele Planstellen bestehen derzeit in der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) für Extremismusprävention?*
 - a. *Wie viele sind jeweils tatsächlich besetzt?*
- *Wie viele Vollbeschäftigungsäquivalente bestehen derzeit in der DSN für Extremismusprävention?*
- *Wie viele Mitarbeiter:innen sind derzeit in der DSN für Extremismusprävention beschäftigt?*

Aus Gründen der Informationssicherheit und des Mitarbeiterschutzes muss von der Beantwortung dieser Frage Abstand genommen werden, da jedwede inhaltliche Beantwortung betreffend die Personalzahlen und etwaigen Personalerhöhungen oder -senkungen Rückschlüsse auf die Leistungsfähigkeit der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) in dem erfragten Bereich erlauben würde.

In diesem Zusammenhang darf auf den Ständigen Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten gemäß Art. 52 Bundes-Verfassungsgesetz verwiesen werden, indem die parlamentarische Kontrolle unter Wahrung der – für die Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörden notwendigen – Vertraulichkeit ausgeübt wird.

Zur Frage 27:

- *Welche Maßnahmen wurden bzw. werden getroffen zur Sensibilisierung von Exekutivbeamt:innen auf antisemitische, rassistische und/oder extremistische Parolen, die auf Demonstrationen gerufen bzw. gezeigt werden?*

Im Rahmen der Polizeigrundausbildung (PGA) erfolgen seit dem Jahr 2006 Schulungen im Ausbildungsmodul „Staatsschutz“, in welchem der Themenbereich „Extremismus“ eine große Rolle spielt. Seit 2022 wird in diesem Modul, welches über die Jahre stetig weiterentwickelt wurde, neben den Themenbereichen Extremismus und Terrorismus verpflichtend auch die Grundlagen der Radikalisierungsprävention gelehrt. Diese Schulungen werden von facheinschlägigen Expertinnen und Experten der DSN geleitet und sollen den angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten helfen, extremistische Symbole zu erkennen und zu verstehen, um effektiver gegen derartige Aktivitäten vorgehen zu können. Die Schulungen sind als Pflichtveranstaltungen Teil des Lehrplanes für die Grundausbildung für den Exekutivdienst und dienen dazu, die für das Berufsfeld relevanten praxisbezogenen Lehrinhalte und die erforderliche soziale Kompetenz zu vermitteln. Insgesamt werden vier Unterrichtseinheiten (UE) für diesen Themenbereich aufgewendet.

In den polizeilichen Grundausbildungen werden die Polizistinnen und Polizisten in Bezug auf „Hate Crime“ entsprechend geschult und sensibilisiert. Unterschiedliche Ausbildungsmodule wie Strafrecht, Bürokommunikation, Menschenrechte, Berufsethik, Kommunikation und Konfliktmanagement greifen diese Thematik auf. In der polizeilichen Grundausbildung ist der Themenbereich „Hate Crime“ mit vier Unterrichtseinheiten (UE) veranschlagt. Dieser ist als „Online-Kurs“ verpflichtend zu absolvieren.

Zudem veranstaltet die Sicherheitsakademie (SIK) seit 2001 in Kooperation mit der „Anti Defamation League“ und ab 2022 mit dessen Nachfolgeverein „NO CHANCE for HATE“ die Seminarreihe „A World of Difference“ (AWOD), welche einen Eckpfeiler der Menschenrechtsbildung im Innenressort darstellt und in Hinblick auf alle Formen von Diskriminierung (etwa aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, Alter sexuelle Orientierung) und damit auch gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sensibilisiert. Die Seminarreihe ist seit 2004 mit 16 UE in der

Polizeigrundausbildung im Themenbereich „Menschenrechte“ verankert und stellt somit eine fundierte Basiskompetenz im Bereich der anti-bias-Bildung sicher.

Insgesamt wurden für die Polizeigrundausbildung im Bereich „Gedenkstättenbesuch“, welcher unter anderem den Besuch der NS-Gedenkstätte Mauthausen beinhaltet, die Unterrichtseinheiten (UE) im Jahr 2023 von 12 auf 16 Unterrichtseinheiten erhöht. Die Schülerinnen und Schüler werden über die Ursprünge von Antisemitismus und anderen aktuellen Diskriminierungen sowie deren Erscheinungsformen gelehrt, um die unterschiedlichen Formen des Antisemitismus in aktuellen Erscheinungsformen zuerkennen, zu reflektieren und entsprechen handeln zu können. Natürlich findet auch hier die Vernetzung mit anderen Ausbildungsmodulen (Strafrecht, Einsatztraining, Verwaltungsrecht und Kriminalistik) statt.

Im Rahmen des Grundausbildungslehrganges für dienstführende Beamtinnen und Beamten werden die Ausbildungsmodule „Verfassungsschutz“ und „Radikalisierungsprävention“ gelehrt. Im Ausbildungsmodul „Verfassungsschutz“ werden die Themeninhalte Extremismus und Terrorismus behandelt. Im Ausbildungsmodul „Radikalisierungsprävention“ wird auf das Thema psychologische und persönliche Ursachen, insbesondere bei Jugendlichen, näher eingegangen. Aufgrund dieser Ausbildung können die Exekutivbediensteten entsprechend bei antisemitischen, rassistischen oder extremistischen Parolen einschreitet.

Im Rahmen des Grundausbildungslehrgangs (GAL E1) findet die Lehrveranstaltung „Staatspolizeilicher Dienst“ unter anderem mit den Inhalten „Verfassungsschutz- und Terrorismusbekämpfung in Österreich“, „staatspolizeiliche Phänomene in Österreich“ und „staatspolizeiliche Zusammenarbeit im internationalen Kontext“ statt.

Außerdem führt die SIAK für alle Angehörigen der DSN und der Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung die Grundausbildung „Verfassungsschutz“ durch. Ein Teil dieser Ausbildung beschäftigt sich mit dem nationalen und transnationalen Extremismus.

Zur Aufrechterhaltung eines einheitlichen und aktuellen Ausbildungsstandards in der Polizeilichen Grundausbildung (PGA) werden im Jahr 2024 zwei je einwöchige „A World of Difference®“-Seminare (Train-the-Trainer) für insgesamt 38 hauptamtlich Lehrende (haL) in den Bildungszentren der Sicherheitsakademie durchgeführt. Diese bauen auf die bereits im Rahmen der Basisausbildungen sowie des Trainings on the Job erworbenen Kompetenzen auf und vermittelt nicht nur Hintergrundinformationen zu Themen wie Vorurteile, Diskriminierung, Hate Crime und Racial Profiling, sondern bildet vor allem auch

eine Orientierung für die Umsetzung von AWOD Seminaren im Klassensetting, um so weiterhin eine aktuelle Umsetzung der seit 2004 mit 16 UE in der PGA verankerten Seminarreihe zu gewährleisten.

Die zukünftigen leitenden Beamtinnen und Beamte (Polizeioffiziere) werden im Zuge ihres sechssemestrigen Studiums "Bachelor Polizeiliche Führung" an der Fachhochschule Wiener Neustadt, in Bezug auf Antisemitismus sowie auf rassistische und extremistische Parolen in den Lehrveranstaltungen "Vertiefung - Menschenrechte" (zwei ECTS, 16 UE) und "Berufsethik" (ein ECTS, 8 UE) gelehrt und sensibilisiert.

Darüber hinaus werden jährlich im Bildungskatalog der SIAK verschiedene Lehrveranstaltungen angeboten, in deren Rahmen unterschiedliche Aspekte von Konflikten und/oder Radikalisierung thematisiert werden wie etwa interkulturelle Kompetenz, Radikalisierung (im Fortbildungskatalog 2024: „Riskantes Verhalten von Jugendlichen – Look @ their life“), Ethik, Umgang mit Diversität, Umgang mit Konflikten in unterschiedlichsten Situationen.

Im Bereich der E-Learning-Schulungen stehen für alle Exekutivbedienstete auf der Lernplattform des BMI (e-Campus) Online-Schulungen zur Verfügung. Das Modul Verfassungsschutz (Rechtsextremismus, Linksextremismus, islamistischer Extremismus und Terrorismus) wird seit April 2015, staatsfeindliche Bewegungen seit November 2022 und Antisemitismus seit April 2022 angeboten.

Die Sicherheitsakademie organisiert zudem gemeinsam mit der MA 11 – Kinder- und Jugendhilfe und der Bildungsdirektion für Wien (BdW) seit Jahren dienststellenübergreifende auf Freiwilligkeit basierende Fortbildungen (Teilnahme von Lehrkräften, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Polizistinnen und Polizisten) zum Thema Extremismusprävention.

Zur Frage 31:

- *Wie viele antisemitische Vorfälle wurden seit dem 07.10.2023 registriert bzw. angezeigt?*
 - a. *Wie viele sind dem linksextremen Bereich zuzurechnen?*
 - b. *Wie viele sind dem rechtsextremen Bereich zuzurechnen?*
 - c. *Wie viele sind dem islamistischen Bereich zuzurechnen?*
 - d. *Wie viele sind sonstigen demokratie- bzw. staatsfeindlichen Bereichen zuzurechnen?*

Hinsichtlich der Zahlen aus dem Jahr 2024 handelt es sich um Rohdaten, die noch keiner Qualitätskontrolle und weiteren Prüfungsmechanismen unterzogen wurden. Aufgrund dessen darf um Verständnis ersucht werden, dass zu den bisherigen Zahlen aus dem Jahr 2024 keine Auskunft erteilt werden kann und erst nach Durchlaufen der entsprechenden Qualitätskontrollen und Prüfungsmechanismen zuverlässige Zahlen bekanntgegeben werden können.

Via die Staatsschutzbehörden in Österreich wurden im Zeitraum von 7. Oktober 2023 bis einschließlich 31. Dezember 2023 insgesamt 71 Tathandlungen mit „antisemitischer“ Motivlage registriert. Keine der registrierten Vorfälle sind dem linksextremen Bereich und 16 der registrierten Vorfälle sind dem rechtsextremen Bereich zuzurechnen.

In der Kategorie „Auslandsextremismus“ wurden 51 Tathandlungen mit „antisemitischer“ Motivlage registriert. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich darunter auch Vorfälle befanden, welche aus der „islamistisch/dschihadistischen“ Szene ausgingen, jedoch kann im Rahmen der statistischen Erfassung einer Tathandlung nur eine „Motivlage“ gekennzeichnet werden. Vier der registrierten Vorfälle sind dem sonstigen demokratie- bzw. staatsfeindlichen Bereich zuzurechnen.

Zur Frage 32:

- *Wie viele rassistische Vorfälle wurden seit dem 07.10.2023 registriert bzw. angezeigt?*
 - a. *Wie viele sind dem linksextremen Bereich zuzurechnen?*
 - b. *Wie viele sind dem rechtsextremen Bereich zuzurechnen?*
 - c. *Wie viele sind dem islamistischen Bereich zuzurechnen?*
 - d. *Wie viele sind sonstigen demokratie- bzw. staatsfeindlichen Bereichen zuzurechnen?*

Hinsichtlich der Zahlen aus dem Jahr 2024 handelt es sich um Rohdaten, die noch keiner Qualitätskontrolle und weiteren Prüfungsmechanismen unterzogen wurden. Aufgrund dessen darf um Verständnis ersucht werden, dass zu den bisherigen Zahlen aus dem Jahr 2024 keine Auskunft erteilt werden kann und erst nach Durchlaufen der entsprechenden Qualitätskontrollen und Prüfungsmechanismen zuverlässige Zahlen bekanntgegeben werden können.

Via die Staatsschutzbehörden in Österreich wurden im Zeitraum von 7. Oktober 2023 bis einschließlich 31. Dezember 2023 insgesamt 20 Tathandlungen mit „fremdenfeindlicher/rassistischer“ Motivlage registriert. Keine der registrierten Vorfälle sind dem linksextremen oder dem islamistischen Bereich zuzurechnen. 19 der registrierten Vorfälle

sind dem rechtsextremen Bereich und einer der registrierten Vorfälle ist dem sonstigen demokratie- bzw. staatsfeindlichen Bereich zuzurechnen.

Zur Frage 34:

- *Das Staatsbürgerschaft ist gekennzeichnet davon, dass die Verleihung an hohe finanzielle Hürden geknüpft ist (Kosten der Verleihung oft über 1.000€) und der Fokus auf das Abfragen von Werten der liberalen Demokratie ein viel zu kleiner ist. Sind in dieser Gesetzgebungsperiode Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts geplant?*
 - a. *Wenn ja, welche Änderungen sind hinsichtlich der Gebühren für die Verleihung der Staatsbürgerschaft geplant?*
 - i. *Ist geplant die Kosten herabzusetzen?*
 - b. *Wenn ja, welche Änderungen betreffen die Abklärung des Bekenntnisses zu demokratischen Grundwerten?*
 - c. *Wenn ja, welche Änderungen sind hinsichtlich Verleihungsvoraussetzungen gern. §§ 1 Off StbG geplant?*
 - d. *Wenn ja, welche sonstigen Änderungen sind geplant?*
 - e. *Wenn nein, warum nicht?*

Das aktuelle Regierungsprogramm 2020 – 2024 sieht keine Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht vor. Der Vollzug des Gebührengesetzes 1957 liegt im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen. Die Höhe der Landesverwaltungsabgabe wird durch das jeweilige Bundesland festgelegt.

Zu den Fragen 35 bis 38:

- *Zu wie vielen Entziehungen der Staatsbürgerschaft ist es in den letzten 5 Jahren gekommen?*
 - a. *Zu wie vielen Entziehungen nach §32 StBG (Eintritt in den Militärdienst eines fremden Staates)?*
 - b. *Zu wie vielen Entziehungen nach § 33 Abs 1 StBG (wenn der Staatsbürger im Dienst eines fremden Staates steht und wenn er durch sein Verhalten die Interessen oder das Ansehen der Republik erheblich schädigt)?*
 - i. *Aufgrund welches Verhaltens?*
 - c. *Zu wie vielen Entziehungen nach § 33 Abs 2 StBG (Teilnahme an Kampfhandlungen im Ausland im Rahmen eines bewaffneten Konflikts)?*
 - i. *Aufgrund welches Verhaltens?*
 - ii. *In wie vielen Fällen ist die Staatsbürgerschaft nicht entzogen worden, da der bzw. die Betroffene staatenlos geworden wäre?*

- d. *Zu wie vielen Entziehungen nach § 33 Abs 3 StBG (terroristische Straftat oder Aufforderung bzw. Gutheißung von terroristischen Straftaten)?*
- i. *Aufgrund welcher Straftat?*
- e. *In wie vielen Fällen haben Sie, Herr Bundesminister, gern. § 35 StBG den Antrag gestellt?*
- *Wie viele Staatsbürgerschaften wurden in den letzten 5 Jahren nicht verliehen, weil § 10 Abs 1 Z 6 (bejahende Einstellung zur Republik bejahend und keine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit und andere in Art. 8 Abs. 2 EMRK genannten öffentlichen Interessen gefährdet) nicht erfüllt waren?*
 - *Wie viele Staatsbürgerschaften wurden in den letzten 5 Jahren nicht verliehen, weil der Antragsteller ein Naheverhältnis zu einer extremistischen oder terroristischen Gruppierung hat und im Hinblick auf deren bestehende Strukturen oder auf zu gewärtigende Entwicklungen in deren Umfeld extremistische oder terroristische Aktivitäten derselben nicht ausgeschlossen werden können (§10 Abs 2 Z 7)?*
 - *Wie viele Staatsbürgerschaften wurden in den letzten 5 Jahren nicht verliehen, weil das Gesamtverhalten des Fremden im Hinblick auf das allgemeine Wohl, die öffentlichen Interessen und das Ausmaß seiner Integration negativ beschieden wurde?*
- a. *Aus welchen Gründen jeweils?*

In den letzten fünf Jahren wurde kein Antrag gemäß § 35 Staatsbürgerschaftsgesetz gestellt. Die weitere Beantwortung der Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 39:

- *Wie viele Aufenthaltstitel wurden in den letzten 5 Jahren nicht erteilt bzw. nicht verlängert, weil der Aufenthalt des Fremden öffentlichen Interessen widerstritten hat (§ 11 Abs 2 Z 1 iVm Abs 4)?*
- a. *Aus welchen Gründen jeweils?*

Zur Beantwortung dieser Frage müsste jeder einzelne Bescheid der NAG-Behörden angefordert und ausgewertet werden. In Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes wird von einer Beantwortung Abstand genommen.

Zur Frage 40:

- *Ende Jänner wurde berichtet, dass Spezialisten des deutschen Auswärtigen Amts auf der Kurznachrichtenplattform X eine systematische russische Kampagne ausgemacht haben, welche Sorgen vor Wahlbeeinflussung hervorruft*
(<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/desinformation-ausrussland->

auswaertiges-amt-deckt-pro-russische-kampagne-auf-a-765bb30e-8f76-4606-b7ab-8fb9287a6948). Gibt es Ermittlungen zur möglichen Wahlbeeinflussung bei den kommenden Wahlen (Nationalratswahl, Wahlen zum Europäischen Parlament, Landtagswahlen)?

a. Wenn ja, welche und was sind die Erkenntnisse?

- i. Handelt es sich bei den Akteuren um ausländische staatliche Akteure?
1. Wenn ja, welche?*
- ii. Handelt es sich bei den Akteuren um nicht-staatliche Akteure?
1. Wenn ja, welche?*
- iii. Werden Social Media-Plattformen zur möglichen Desinformation und Wahlbeeinflussung genutzt?
1. Wenn ja, auf welchen und wie sehen die jeweiligen Aktivitäten aus?*

Aus ermittlungstaktischen Gründen muss von einer Beantwortung der Fragen Abstand genommen werden. Durch die Bekanntgabe von Informationen hinsichtlich allfälliger Ermittlungen oder sonstiger Maßnahmen – und sei es auch eine verneinende Beantwortung – können Rückschlüsse gezogen und aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert sowie die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschwert beziehungsweise in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden. Auf Grund der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, muss daher von einer weiterführenden Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden.

Gerhard Karner

